

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Annette Groth, Heike Hänsel, Andrej Hunko, Susanna Karawanskij und der Fraktion DIE LINKE.

Rheinmetall und andere Rüstungsunternehmen in der Türkei und den Golfstaaten und die Internationalisierung des Rüstungsgeschäfts

Der saudische Vize-Wirtschaftsminister el Tarajri wies in einem „Spiegel“-Interview darauf hin, dass Saudi-Arabien bald keine Waffen mehr aus Deutschland brauche: „Wir versuchen, hier eine eigene Rüstungsindustrie aufzubauen, natürlich mit dem Know-how ausländischer Firmen. Daran kann sich jeder beteiligen, auch Deutschland, aber wir werden niemanden zwingen“ (www.spiegel.de/politik/ausland/angela-merkel-in-saudi-arabien-interview-mit-saudischem-vize-wirtschaftsminister-a-1145485.html). Die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sagte mit Verweis auf das während ihres Besuchs in Saudi-Arabien am 30. April 2017 geschlossene Abkommen der Verteidigungsministerien für die Ausbildung saudischer Militärkräfte in Deutschland: „Wir können nicht überall auf der Welt deutsche Soldaten haben, aber wir können sehr wohl unser Know-how weitergeben.“ Deutschland unterstütze, dass Länder zunehmend selber „den Kampf auch durchführen können.“

Deutschland beteiligt sich bereits an diesem Know-how-Transfer. Abgesehen von der G36-Fabrik errichtete Saudi Arabien erst 2016 gemeinsam mit dem südafrikanischen Unternehmen Rheinmetall Denel Munition (Pty) Ltd, welches zu 51 Prozent dem Düsseldorfer Konzern Rheinmetall AG gehört, eine Munitionsfabrik im Wert von 240 Mio. US-Dollar. Dort können seither täglich bis zu 300 Artilleriegranaten oder 600 Mörsergranaten hergestellt werden – ohne in die deutsche Rüstungsexportstatistik einzufließen (www.welt.de/wirtschaft/article164153317/Ueber-Umwege-kommt-Saudi-Arabien-weiter-an-deutsche-Waffen.html). Seit Jahren weitet die Rheinmetall AG ihre Geschäfte international aus. Die Rheinmetall AG hat sich durch Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen, die im Ausland fertigen, umfassende Möglichkeiten geschaffen, Exportbeschränkungen zu umgehen. Ist die Lieferung aus Deutschland rechtlich nicht möglich, wird z. B. aus Italien oder Österreich geliefert. Geht auch das nicht, weicht man auf Fabriken in Südafrika aus, wo es deutlich leichter ist, an Genehmigungen zu kommen. Diese als „Internationalisierung“ bezeichnete Strategie des Konzerns ist derzeit wirtschaftlich erfolgreich, aber politisch und ethisch mehr als fragwürdig (<https://urgewald.org/presse/rheinmetall-munitionsexporte-ohne-grenzen>).

Beteiligt sind neben der deutschen Muttergesellschaft auch Tochterfirmen und Beteiligungen in Südafrika (Rheinmetall Denel Munition (Pty) Ltd – RDM) oder Italien (RWM Italia S.p.A.). RDM half bereits beim Aufbau von Munitionsfabriken in den Vereinigten Arabischen Emiraten und in Saudi-Arabien. Saudische Sicherheitskräfte verfügen zudem über Granaten vom Typ HE-DP92. Dieser Typ wird von RWM Arges GmbH hergestellt, einer österreichischen Tochter von Rheinmetall. Ganz gleich, wo die Gewinne anfallen, sie fließen in die Kassen des

Konzerns zurück (www.zeit.de/2016/45/rheinmetall-ruestungskonzern-internationalisierung-export-kontrollen).

Die Rheinmetall Defence Türkei (RDT), eine 100-prozentige Tochter, dient als Repräsentanz des Unternehmens in der Türkei. Als Tochter, mit einem Anteil von 90 Prozent, betreibt der Gesamtkonzern laut Geschäftsbericht dort bereits das Unternehmen Rheinmetall Savunma Sanayi Anonim Şirketi in Ankara. Zudem ist man mit 40 Prozent an Rheinmetall BMC Savunma Sanayi Ve Ticaret A.S. (RBSS) beteiligt. BMC gehört zu den beiden Unternehmen, mit denen Rheinmetall in das Panzergeschäft einsteigen will. Die andere Firma, Etika Strateji, ist in Malaysia ansässig (www.stern.de/wirtschaft/news/stern-exklusiv--rheinmetall-beteiligt-sich-an-panzerproduktion-in-tuerkei-7357932.html). Eigentümer von BMC ist der Geschäftsmann Ethem Sancak, ein enger Freund des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan (www.stern.de/wirtschaft/news/rheinmetall-baut-panzer-in-der-tuerkei---der-absolute-wahnsinn--7367184.html).

Durch diese Internationalisierung ist Saudi-Arabien auch ein großer Nutzer des Eurofighter-Kampffjets, an dem wiederum deutsche Firmen maßgeblich beteiligt sind. Die Bestellung über 72 Jets wurde über die britische Regierung abgewickelt, ein Regierung-zu-Regierung-Geschäft. Diese Eurofighter werden auch in Großbritannien zusammengebaut, mit Lieferungen aus Deutschland und dem Endkunden Saudi-Arabien. Im Jahr 2015 entfiel ein Großteil des Saudi-Arabien-Exportwertes auf die Lieferung von Fahrgestellen für unbewaffnete Transportfahrzeuge nach Frankreich – die anschließend mit französischer Ausfuhrgenehmigung nach Saudi-Arabien ausgeführt werden (www.welt.de/print/die_welt/wirtschaft/article164160683/Lieferung-auf-Umwegen.html).

Ziel der Internationalisierung ist nicht zuletzt, statt nur mit auch ohne Genehmigung der Bundesregierung zu profitieren sowie eine Diskussion über Exporte in kontroverse Staaten zu umgehen (www.zeit.de/politik/ausland/2017-04/rheinmetall-tuerkei-ruestung-panzer-fabrik-exporte/seite-2). So bleibt die Waffenproduktion ein lukratives Geschäft und die Bundesregierung muss nicht zwischen „Moral“ und „Wirtschaftsinteressen“ schwanken (www.deutschlandfunk.de/kaum-gebremst-deutsche-waffen-fuer-nahost.862.de.html?dram:article_id=381431).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. In welchem Wert wurden Kriegswaffen jeweils in die Türkei in den Jahren 2015, 2016 und 2017 (bis zum 30. April 2017) tatsächlich ausgeführt (bitte nach Jahr und Ausfuhrlistennummer und unter Angabe der genaueren Bezeichnung der Waffen und dem jeweiligen Gesamtwert je Ausfuhrlistennummer aufschlüsseln)?
2. In welchem Wert wurden sonstige Rüstungsgüter in die Türkei in den Jahren 2015, 2016 und 2017 (bis zum 30. April 2017) tatsächlich ausgeführt (bitte nach Jahr und Ausfuhrlistennummer und unter Angabe der genaueren Bezeichnung der Waffen und dem jeweiligen Gesamtwert je Ausfuhrlistennummer aufschlüsseln)?
3. Für den Export welcher Rüstungsgüter hat der Bundessicherheitsrat und der Vorbereitende Ausschuss in den Jahren 2012 bis 2017 abschließende Genehmigungsentscheidungen bezogen auf
 - a) die Türkei,
 - b) Saudi-Arabien,
 - c) die Vereinigten Arabischen Emirate,

- d) Katar und
- e) Bahrein

getroffen (bitte entsprechend der Jahre unter Angabe der Art des Exportgutes, der Anzahl, der Antragsteller und des Gesamtvolumens in Euro auflisten)?

4. Für den Export welcher Rüstungsgüter hat der Bundessicherheitsrat und der Vorbereitende Ausschuss in den Jahren 2012 bis 2017 Genehmigungen bezogen auf

- a) die Türkei,
- b) Saudi-Arabien,
- c) die Vereinigten Arabischen Emirate,
- d) Katar und
- e) Bahrein

abgelehnt (bitte entsprechend der Jahre unter Angabe der Art des Exportgutes, der Anzahl, der Antragsteller und des Gesamtvolumens in Euro auflisten)?

5. Kann die Bundesregierung ausschließen, dass bei den unterhalb der Leitungsebene aufgabenbedingten regelmäßigen dienstlichen Kontakten von Vertretern des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zu Vertretern von Rheinmetall, die strategischen Pläne Rheinmetalls sowohl zu der Rüstungskooperation mit MKEK bezüglich von Munition und BMC bezüglich von Panzern in der Türkei zur Sprache gekommen sind (Bundestagsdrucksache 18/12307, Antwort zu Frage 25)?
6. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung, dass BMC an der Ausschreibung für die Produktion des türkischen Panzers Altay teilnehmen will bzw. teilnimmt bzw. eine Interessensbekundung abgegeben hat (www.dailysabah.com/defense/2017/06/17/commission-founded-for-altay-tank-tender-process)?
7. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung, dass für BMC einer der Hauptgründe für die Kooperation mit Rheinmetall in der RBSS darin besteht, seine Position als Produzent für Landsysteme durch das Know-how und einen Know-how-Transfer von Rheinmetall zu stärken (<http://eurasianews.de/blog/rheinmetall-nutzt-tuerkischen-ruestungskonzern-fuer-mega-geschaeft-mit-katar/>)?
8. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung, dass Rheinmetall wichtige Erfahrungen und Technologien für die gemeinsamen Fertigungs- und Entwicklungsprogramme zur Verfügung stellen wird (<http://eurasianews.de/blog/rheinmetall-nutzt-tuerkischen-ruestungskonzern-fuer-mega-geschaeft-mit-katar/>)?
9. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung zum Stand der Gründung einer Joint Venture Gesellschaft von Rheinmetall mit dem türkischen Rüstungsunternehmen MKEK in der Türkei, deren Aufgabe die gemeinsame Entwicklung neuer zukunftsweisender Produkte auf dem Gebiet von Waffensystemen und Munition sein soll (www.zeit.de/politik/ausland/2017-04/rheinmetall-tuerkei-ruestung-panzer-fabrik-exporte)?
10. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung, dass das staatseigene Unternehmen MKEK für den türkischen Kampfpanzer Altay die 120 Millimeter Glattrohrkanone zuliefern soll, die beim Leopard von Rheinmetall geliefert wird (<https://www.welt.de/wirtschaft/article157484615/Rheinmetall-moechte-fuer-Erdogan-Panzer-bauen.html>)?

11. Inwieweit ist der Bundesregierung bekannt, dass die südafrikanische Rheinmetall Denel Munition (RDM), an der Rheinmetall 51 Prozent hält, beim Aufbau einer Munitionsfabrik in Saudi-Arabien half (derstandard.at/2000033813817/Suedafrika-und-Saudi-Arabien-bauen-Munitionsfabrik/)?
12. Hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche), ob die Produktion in der Munitionsfabrik in Saudi-Arabien läuft, und wenn ja, hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche), in welcher Stückzahl Artilleriegeschosse mit welchem Kaliber sowie Bomben in den Jahren 2016 oder 2017 dort hergestellt wurden (bitte entsprechend der Jahre angeben)?
13. Kann die Bundesregierung bestätigen, dass in der 240 Mio. US-Dollar teuren Munitionsfabrik in Saudi-Arabien, pro Tag 300 Artilleriegranaten und bzw. oder 600 Mörsergranaten produziert werden (www.welt.de/wirtschaft/article164153317/Ueber-Umwege-kommt-Saudi-Arabien-weiter-an-deutsche-Waffen.html)?
14. Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, dass in der Munitionsfabrik in Saudi-Arabien 60, 81 und 120 mm Mörsermunition, 105 und 155 mm Artilleriemunition und Flugzeugbomben mit einem Gewicht von 500 bis 2 000 Pfund produziert werden soll (www.defenceweb.co.za/index.php?option=com_content&view=article&id=42950:saudi-arabia-opens-munitions-factory-built-by-rheinmetall-denel-munition&catid=7:Industry&Itemid=116)?
15. Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass Rheinmetall Defence den Großteil des Geschäfts in den NATO-Staaten und Rheinmetall Denel Munition vor allem – neben Südafrika – in Asien, im Mittleren Osten und in Südamerika abwickelt (<https://netzfrauen.org/2017/05/06/saudiarabia/>)?
16. Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragesteller, dass sie durch die Genehmigung der Lieferung von 41 644 sogenannten Artilleriemultifunktionszündern an Frankreich zum Einbau in Artillerie, die für Saudi-Arabien bestimmt ist, mit in Verantwortung für die Toten im Jemen zu nehmen ist, wo die Munition seitens der von Saudi-Arabien geführten Militärkoalition eingesetzt wird (www.spiegel.de/politik/deutschland/ruestungsexporte-bundesregierung-genehmigt-artilleriezuender-fuer-saudi-arabien-a-1123858.html)?
17. Kann die Bundesregierung ausschließen, dass die an die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) genehmigte Lieferung von mehr als 200 000 Zündern von Rheinmetall für so genannte Infanteriepatronen im Kaliber 40 mm (vermutlich vorgesehen für Granaten, die mit einem Zusatzgerät von Gewehren verschossen werden) nicht im Jemen seitens der VAE im Zuge der von Saudi-Arabien seit März 2015 angeführten Militäroperation zum Einsatz kommen (<http://augengeradeaus.net/2017/04/bundesregierung-genehmigt-ruestungsexport-in-die-vereinigten-arabischen-emirate/>)?
18. Die Lieferung von welchen Teilen und Komponenten für ein mobiles Gefechtsübungszentrum der Rheinmetall AG an die VAE im Wert von 8,4 Mio. Euro sind vom Bundessicherheitsrat konkret genehmigt worden (<http://augengeradeaus.net/2016/11/ein-gefechtsuebungszentrum-fuer-die-emirate-zumindest-zum-teil/>)?
19. Sind Lieferungen von Teilen und Komponenten für ein mobiles Gefechtsübungszentrum der Rheinmetall AG an die VAE vom Bundessicherheitsrat nicht genehmigt worden, und wenn ja, um welche Teile und Komponenten ging es konkret?

20. Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche), dass im Rahmen des im September 2013 von der Türkei und Saudi-Arabien ratifizierten Abkommens zur intensiveren verteidigungsindustriellen Kooperation ein Rüstungsvertrag mit Saudi-Arabien vor dem Abschluss steht, der der größte Exportvertrag für die türkische Industrie sein wird (www.defensenews.com/articles/turkey-in-final-phase-of-secretive-saudi-export-deal)?
21. Inwieweit sieht die Bundesregierung, dass im Transfer von moderner Rüstungsproduktionstechnologie und entsprechendem Know-how, in Form z. B. von Joint Ventures, Lizenzen zur Produktion und gemeinschaftlichen Entwicklungen, nicht nur die Gefahr des Aufrüstens nationaler Rüstungsindustrien besteht, sondern dieser Transfer auch zu Lasten einer effektiven Rüstungskontrolle geht?

Berlin, den 28. Juni 2017

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

